

Stand: 24.06.2026 06:40:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4194

"Milchmarktkrise ernst nehmen - wirksame Kriseninstrumente installieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4194 vom 12.11.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 29 vom 12.11.2014
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/5117 des LA vom 27.01.2015
4. Beschluss des Plenums 17/5468 vom 26.02.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 26.02.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Milchmarktkrise ernst nehmen – wirksame Kriseninstrumente installieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen des Runden Tisches „Zukunft der Milchwirtschaft in Bayern“ Modelle zur Bewältigung von Milchmarktkrisen von allen landwirtschaftlichen bayerischen Berufsvertretern zu diskutieren und zu einem bayerischen Lösungsvorschlag zu gelangen.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene

- für eine Ausweitung der Bündelungsmöglichkeiten im Bereich der Rohmilcherzeugung einzusetzen;
- für Regelungen einzusetzen, welche einer weiteren Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel entgegenwirken und Dumpingpreise wirksam bekämpfen.

Begründung:

Der Rückzug des Staates aus dem Markt und damit aus der Preisgestaltung für die Erzeuger stellt die Bäuerinnen und Bauern vor neue Herausforderungen. Seit Jahresbeginn sind die Notierungen für Milchprodukte wieder im freien Fall. Es droht eine erneute Milchmarktkrise, welche eine große Gefahr für unsere bäuerlichen Familienbetriebe darstellen wird. Deshalb müssen endlich praktikable Kriseninstrumente entwickelt werden.

Der Milchmarkt ist durch eine Konzentration des Lebensmitteleinzelhandels und der Vermarkter geprägt, während die Erzeugerseite kaum gebündelt auftritt und deshalb in einer schwachen Verhandlungsposition steht. Eine Ausweitung der Bündelungsmöglichkeiten ist deshalb dringend notwendig.

Argumente liefern: Die Tierärzte haben eine ganz besondere Berufsausbildung, die sie ausreichend kompetent macht, um umfassend zu beraten. Gerade Sie müssten das wissen. Anreizsysteme für den Verzicht sind nicht notwendig, da der Einsatz aus meiner Sicht sowieso beschränkt und nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen ist. Die Forderung einer Beschränkung der Vergabe an betroffene Tiere, Herr Kollege, erübrigt sich, weil das Arzneimittel laut Gesetz ohnehin nur einem betroffenen Tier zugeordnet werden kann. Ich glaube, auch das müssten Sie wissen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4176 - das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD. Gegenstimmen, bitte. – CSU. Enthaltungen? – Bei der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4190 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/4191 - das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER - zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das dürften die FREIEN WÄHLER sein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich stelle fest, die FREIEN WÄHLER stimmen ihrem Antrag zu. Gegenstimmen, bitte. – CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/4177 bis 17/4182 sowie 17/4192 bis 17/4197 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 8** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Nordanbindung des Flughafens Nürnberg (Drs. 17/2518)**

Die Fraktionen haben übereinstimmend auf Aussprache verzichtet. Wir kommen gleich zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20.00 bis 20.05 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze einzunehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich rufe die **Listennummer 4** der nicht einzeln zu beratenden Anträge auf:

**Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u. a. (SPD)
Umweltkriminalität aufdecken - Ermittlungsbehörden stärken! (Drs. 17/2590)**

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Herr Kollege von Brunn. Bitte sehr!

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 1980, während der Regierungszeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, wurde das 18. Strafrechtsänderungsgesetz verabschiedet und zum ersten Mal ein eigener Abschnitt "Straftaten gegen die Umwelt" in das Strafgesetzbuch eingefügt. Trotzdem kam der Sachverständigenrat für Umweltfragen im Jahr 1996 noch zu dem Urteil, dass es eine gewisse Vernachlässigung des Umweltstrafrechts in Deutschland gebe. Im letzten Jahrzehnt gab es aber deutliche Verbesserungen, und man kann jetzt, was die legislative Seite angeht, einigermaßen zufrieden sein.

Es stellt sich aber die Frage - deshalb dieser Antrag -, ob wir möglicherweise ein Problem beim Vollzug der Gesetze und bei der Aufklärung von Straftatbeständen haben. Ich glaube, das lässt sich auch anhand der aktuellen Beispiele aus Bayern erkennen. Die häufigste Deliktart in diesem Bereich ist der unerlaubte Umgang mit Abfällen gemäß § 326 Strafgesetzbuch. Im Jahr 2011 hat es einen Fall in Nürnberg gegeben, bei dem asbesthaltige Eternitplatten monatelang auf einem Grundstück gelagert waren – Einstellung gegen eine Zahlung von 500 Euro.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/4194

**Milchmarktkrise ernst nehmen - wirksame Kriseninstrumente
installieren**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Leopold Herz**
Mitberichterstatter: **Martin Schöffel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 18. Sitzung am 26. November 2014 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 20. Sitzung am 27. Januar 2015 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Angelika Schorer
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Johann Häusler, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/4194, 17/5117

Milchmarktkrise ernst nehmen – wirksame Kriseninstrumente installieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Horst Arnold

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Martin Schöffel

Abg. Gisela Sengl

Staatsminister Helmut Brunner

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe gemeinsam die **Tagesordnungspunkte 12 bis 14** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)

Erneute Milchmarktkrise verhindern - Stärkung der bäuerlichen Milcherzeuger (Drs. 17/4181)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Milchmarktkrise ernst nehmen - wirksame Kriseninstrumente installieren (Drs. 17/4194)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)

Wirksames Sicherheitsnetz am Milchmarkt etablieren (Drs. 17/4195)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt entsprechend der Vereinbarung im Ältestenrat 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion: CSU 8 Minuten, SPD 6 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, GRÜNE 5 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung beträgt somit 8 Minuten. - Der erste Redner ist Herr Kollege Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum hat die SPD dieses Thema in den Landtag geholt? – Die Preisstürze für Milch und Milchprodukte im vergangenen Jahr sind gravierend und bedrohen die Existenz unserer bäuerlichen Milchviehhalter in Bayern. Die Butterpreise sind im Euro-Raum innerhalb eines Jahres um 30 % gefallen. Magermilchpulver und Vollmilchpulver büßten über 40 % ein. Hinzu kommt, dass in gut einem Monat ab dem 1. April die Milchquote ausläuft

und infolgedessen eine Steigerung der Milchproduktion zu erwarten ist. Wie Sie hoffentlich alle wissen, ist am Milchmarkt preislich eine Erholung eingetreten. Es sieht jedoch nicht so aus, als würde sich dies für alle Zeiten bestätigen. Nicht ohne guten Grund spricht man von einem volatilen Markt. Durch die völlige Liberalisierung des Milchmarktes besteht die Gefahr, dass die Produktion der Milch in die Gunstlage der Maissilage-Milch abwandert. Viele Grünlandregionen werden zunehmend Probleme bekommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aktuelle Stunde über den Tourismus in Bayern wäre schnell vorbei, wenn es im Voralpenland kein Grünland mehr gäbe. Bayern ist auch und vor allem im Agrarbereich ein Exportland. Bayern produziert sehr hochwertige Milchprodukte. In Bayern wird dreimal so viel Käse produziert, wie im Land verbraucht wird. Aus diesem Grund sind wir darauf angewiesen, unsere Spezialitäten auf lukrativen Märkten abzusetzen. Hierzu braucht es Anstrengungen. Diesen Weg müssen wir aktiv und im Hinblick auf die internationalen Verhandlungen verantwortungsvoll weitergehen.

Nicht nur das wirtschaftliche und soziale Wohl der Bauernfamilien hängt von einem guten Milchabsatz ab, auch die Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich bedeuten Wertschöpfung im ländlichen Raum. Allein in der Milchwirtschaft gibt es 14.000 Arbeitsplätze. Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern ist von der Landwirtschaft abhängig oder hat mit dieser zu tun. Das unterstreicht die Wichtigkeit der verschiedenen Maßnahmen in unseren Anträgen. Bei der Milchwirtschaft handelt es sich nicht um ein operettenhaftes Randprodukt oder ein Segment, in dem sich nur Fachleute aufhalten. Davon hängen vielmehr das wirtschaftliche Wohl, das Ansehen und das Wohlergehen unseres Landes ab. Solidarität mit den Milcherzeugern ist zugleich auch Solidarität mit all denen, die in diesem Bereich erwerbstätig sind.

Mit unserem Antrag fordern wir, die Bündelung der Milcherzeuger weiter zu unterstützen. Dabei geht es um Marktmacht. Eine Verhandlung mit dem Lebensmitteleinzelhandel soll auf Augenhöhe oder zumindest auf Höhe der Kinnlade möglich werden.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem sagen Sie, in Bayern sei alles in Ordnung, man müsse auf europäischer Ebene handeln. Bei unserem Fachgespräch vor zwei Wochen zum europäischen Milchmarkt wurde uns von den Praktikern der Genossenschaften anderes dargelegt und offenbart. Manche Genossenschaften fühlen sich durch Verwaltungshandeln kujoziert. Es wird beklagt, dass durch übertriebene Auflagen Zulassungen entzogen werden könnten. Ich verweise auf die Milcherzeugergemeinschaft Kempten. Das sind Dinge, die wir vor Ort erledigen können. Offensichtlich steht der Verwaltungsschimmel stärker im Vordergrund als das Voranbringen der Bündelung. Wir sind uns alle darüber einig, dass für die Bündelung auf bayerischer und europäischer Ebene erheblicher Korrektur- und Intensivierungsbedarf besteht. Daran müssen wir gemeinsam weiter arbeiten. In diesem Sinne sind auch die beiden anderen Anträge zu werten.

Ein weiterer Punkt unseres Antrags sieht die Möglichkeit einer den Produktionskosten angepassten und kurzfristigen Intervention im Falle eines eklatanten Preisverfalls vor. Darüber besteht in diesem Hause weitgehend Einigkeit. Der dritte Punkt ist jedoch entscheidend. Wenn wir uns über Krisen unterhalten, sollten wir das offen ansprechen und nicht mit einem romantischen Anstrich versehen. Wir wollen, dass ein Kriseninstrument, basierend auf Einsicht, möglicherweise auch auf Zwang, für den Milchmarkt entwickelt wird, welches im Falle einer drohenden Marktkrise das Angebot der tatsächlichen Nachfrage anpasst. Diesen Punkt können und wollen Sie in der CSU nach wie vor nicht unterstützen. Das bedauere ich sehr. Sonntagsreden und politisches Handeln befinden sich hier nicht in Einklang.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen für diese gesellschaftliche Herausforderung in der neuen Dekade der Milcherzeugung, die nicht nur unseren Bäuerinnen und Bauern, sondern auch vielen anderen Angst macht, Antworten und Lösungen. Hier darf es keine Denkverbote geben. Außerdem sollen keine Schlagworte wie Sozialismus oder Marktfreiheit fallen.

Wir müssen konstruktiv arbeiten. Selbstverständlich sollte man über eine freiwillige Mengenreduktion in der Erzeugung nachdenken, die zumindest teilweise aus einem Fonds entschädigt werden könnte. Wenn im schlimmsten Fall alle Stricke reißen und die kurzfristige Intervention am Milchmarkt versagt, brauchen wir neue Instrumente. Niemandem von uns ist geholfen, wenn in diesem Zusammenhang die Bauern wieder Milch ausschütten und die Krise ausrufen.

Wie die Angleichung von Angebot und Nachfrage bei extremen Krisen konkret auszu-
sehen hat, kann von uns noch niemand sagen. Dies kann verpflichtend oder freiwillig,
branchen- oder steuerfinanziert geschehen. Darüber müssen wir diskutieren. Zumin-
dest in dieser Hinsicht besteht bei den Anträgen Gleichmut. Deswegen werden wir
allen drei Anträgen zustimmen. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen, weil es
um Wahrheit und Klarheit geht.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. – Für die Fraktion der FREIEN
WÄHLER hat Kollege Dr. Herz das Wort. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Her-
ren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst habe ich eine Anmerkung an die Regie
zu richten. Ich finde es nicht angemessen, dass ein so wichtiges Thema am Ende der
Sitzung stattfindet. Ich hielte einen anderen Zeitpunkt für angemessener. Das sage ich
nur nebenbei; aber es ist nicht unwichtig.

Jetzt komme ich zum Thema EU-Milchmarktordnung. Wir alle wissen, dass sie in we-
nigen Wochen ausläuft. Das bedeutet einen Einschnitt in der Geschichte Europas. Wir
hatten ja früher einige Milchviehbetriebe mehr. Jetzt sind es noch 34.000 in Bayern.
Die Prognose fällt nicht schwer, dass wir im Jahr 2020 vielleicht nur noch 20.000
haben. Das ist zwar Spekulation, aber man kann es an den Entwicklungen ablesen.
Momentan stellt sich die Entwicklung auf dem Weltmarkt so dar, dass wir in Europa
nur noch etwa ein Drittel der Milch produzieren. Wir hatten einmal einen Anteil von

weit über 40 %. Das zeigt, dass wir verdrängt werden. Wir müssen zum Beispiel mit Chile konkurrieren, obwohl das kein so großer Milchproduzent ist. Dort stehen die Helfer in den Melkständen und arbeiten Tag und Nacht für zwei Euro pro Stunde. Wir müssen damit konkurrieren. Vor diesem Hintergrund müssen wir natürlich Sicherheitsmaßnahmen einführen. Aktuell ist die Situation so: Der Kieler Rohstoffwert, der die Milchpreise anzeigt, liegt für den Monat Januar – für Februar ist er noch nicht abschließend berechnet – bei 25,2 Cent bei einem Fettgehalt von 4 % und einem Eiweißanteil von 3,4 %. Das sind Nettobeträge. Dennoch zeigen sie, dass wir hier nicht wettbewerbsfähig sind und nicht wirtschaftlich rechnen können.

Ich komme zu den Anträgen. Ich bin positiv überrascht. Ich glaube, in der SPD gibt es nicht viele praktizierende Milchbauern. Aber dem SPD-Antrag ist zuzustimmen. Er lässt einen Blick nach vorne erkennen. Zunächst einmal ist die Bündelung berücksichtigt, die ganz wichtig ist. Wenn Interventionspreise gefordert werden, sind diese konkret benannt. Ihre Höhe ist an den Produktionskosten orientiert. Es sind Sicherheitsmaßnahmen vorgesehen für den Fall, dass es besonders nach dem 01.04.2015 nicht so gut läuft. Damit muss man nicht rechnen, und das ist kein Herunterreden der Milchpreise, aber das könnte passieren. Für diesen Fall brauchen wir Sicherheitsmechanismen.

Jetzt komme ich zu unserem Antrag. Wir sind froh, in Bayern die große Runde der Milcherzeuger zu haben. Ich glaube, Helmut Brunner war für deren Einberufung zuständig. Das ist sehr gut. Wir sollten aber zu einem Konsens kommen. Das ist überfällig. Wir FREIEN WÄHLER haben uns ja bei diesem Antrag etwas gedacht. Ich habe argumentiert, und wir waren uns ziemlich einig: Wir müssen einen Antrag stellen, der von der Mehrheitsfraktion nicht abgelehnt wird; denn jetzt ist es fünf vor zwölf, und deswegen brauchen wir den Konsens über alle Gruppen hinweg. Ich war nicht überrascht, dass man im Ausschuss das Haar in der Suppe gefunden und argumentiert hat, man könne diesem Antrag nicht zustimmen: es sei nicht möglich, dass der Staat eine solche Koordinierungsstelle übernehme.

Ich bin einigermaßen überrascht und behaupte nach wie vor: Wenn der Staat keine Bündelung seiner Aufgaben vornimmt, wird es nicht funktionieren. Das hat nicht nur mit bäuerlicher Mentalität zu tun, sondern auch damit, dass wir momentan gewisse Entwicklungen haben. Wir haben es neulich beim Milchgespräch in Augsburg von anderer Stelle hören dürfen. Momentan haben wir die bedenkliche Entwicklung, dass bestehende Milcherzeugergemeinschaften, die unter den Oberbegriff Bündelung fallen, auseinanderbrechen und wir mehrere kleine Organisationen bekommen. Das ist genau die Entwicklung, die wir nicht wollen. Wer sonst außer dem Staat sollte es in die Hand nehmen, mehr Bündelung zu erreichen, damit wir auf Augenhöhe mit den Produzenten und mit dem Lebensmitteleinzelhandel Milch verkaufen können?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD – Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU))

Abschließend komme ich zum Antrag der CSU. Ich habe es schon erwähnt: Auf den ersten Blick könnte man zustimmen. Aber, liebe Kollegen von der CSU, Sie betonen immer, wie sehr Sie hinter den Bauern stehen. Es gibt keine konkrete Angabe, wie Sie die Intervention in Krisenzeiten berechnen wollen. Es steht drin, eine angemessene Anpassung soll erfolgen. Das klingt für mich nach "Wischiwaschi". Zudem fehlt der große Punkt der Bündelung, gerade bei Ihnen, die Sie immer sagen, wir kennen uns aus, wir stehen zu den Bauern usw. Das ist schön und gut und recht. Aber der entscheidende Faktor Bündelung fehlt hier. Da muss ich den Kollegen von der SPD danken. Wir haben das Wort Bündelung bereits in einem früheren Antrag gebracht.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Schorer (CSU))

Ohne positive Bündelung wird das nicht laufen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, ich bin bereits am Ende meiner Ausführungen. Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr. Das war jetzt nicht erkennbar. Der Redefluss war noch so aktiv. Da habe ich lieber einmal auf die Uhr geschaut. Vielen Dank, Kollege Dr. Herz. – Für die CSU-Fraktion hatte sich Kollege Schöffel gemeldet. – Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, dass unsere Milchbäuerinnen und Milchbauern im letzten Jahr einen gravierenden Preisrückgang bei ihren Erzeugerpreisen hinzunehmen hatten. Ein Berufskollege hat mir am Wochenende erklärt, dass er im Vergleich zu vor einem Jahr zehn Cent weniger pro Liter bekomme. Aber wir können deutlich darauf hinweisen, dass wir in Bayern immer noch wesentlich bessere Auszahlungspreise für Milch haben als im Norden der Bundesrepublik.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir können darauf hinweisen, dass wir bei den Verkaufspreisen für Magermilchpulver und für Butter eine Stabilisierung erkennen. Das Schlechteste, was wir heute machen könnten, wäre, die Vertragsverhandlungen zwischen den Molkereien und dem Lebensmitteleinzelhandel mit absoluten Negativszenarien zu belasten. Herr Kollege Arnold, Sie haben darauf hingewiesen: Wir wissen nicht, wie es letzten Endes weitergeht. Wir wissen auch, dass die Milchauszahlungspreise an die Bauern den Vertragsverhandlungen noch nachlaufen.

(Horst Arnold (SPD): Sie reden es schön!)

- Mit Schönreden hat das nichts zu tun. - Aber wir können diese Vertragsverhandlungen nur dann unterstützen, wenn wir die Situation im Bayerischen Landtag nicht schlimmer darstellen, als sie tatsächlich ist, und damit die Verhandlungen und die Marktmacht der Molkereien unterstützen. Wir haben im letzten Jahr weltweit Produktionsausweitungen gesehen: in der EU plus 4,5 %, in den USA plus 2,4 %, in Brasilien,

in Neuseeland plus 8,4 %. Gleichzeitig gab es eine Kaufzurückhaltung in China und das Russlandembargo. Die Marktentwicklung hat mit dem Quotenende nichts zu tun, führt aber zu enormen Preisschwankungen, mit denen die Bauern allerdings umgehen können. Die gebremste Anlieferungsmenge zeigt, dass es entsprechende Anpassungsmöglichkeiten gibt.

Die Milchwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftszweig in Bayern. Darin stimmen wir alle überein. Unser Ziel ist es vor allem, Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit für die Bauern und damit die Wertschöpfung ständig erweitern und verbessern zu können. Das ist der einzige Weg, um Betriebe in der Produktion zu halten. Wir müssen Märkte entwickeln können und unsere Produkte absetzen. Auf den Selbstversorgungsgrad ist schon hingewiesen worden.

Ein Sicherheitsnetz ist natürlich wichtig. Dafür haben wir auf europäischer Ebene verschiedene Kriseninstrumente. Die Intervention muss flexibel sein und möglichst zu jedem Zeitpunkt aufnahmefähig. Darum haben wir in unseren Antrag die Ablehnung einer zeitlichen Begrenzung aufgenommen. Ich denke, es gibt Raum für eine Erhöhung des Interventionspreises. Anpassung an die Produktionskosten darf aber natürlich nie heißen, dass es Produktionsanreize gibt. Der Interventionspreis darf nicht dazu führen, dass für die Intervention produziert wird. Das darf nicht sein. Eine flexible Bewirtschaftung ist wichtig. Wir wollen Exportmärkte entwickeln. Dafür könnte die EU einen Teil der Superabgabe aufwenden und die Markterschließung unterstützen. Wir fordern außerdem, zumindest für dieses Jahr eine Stundung der Superabgabe zu erreichen, damit die Bäuerinnen und Bauern das nicht alles in einem Jahr zu tragen haben.

Und selbstverständlich haben wir auch die Grünlandgebiete in benachteiligten Lagen im Blick. Aber Herr Kollege Arnold, Sie wissen, man kann das Problem in diesen Regionen nicht über den Milchpreis und den Milchmarkt lösen, sondern gerade für das Grünland in benachteiligten Gebieten müssen uns auch andere Instrumente einfallen.

(Horst Arnold (SPD): Eben!)

Wir haben da mit unserem KULAP einige Weichen gestellt, auch mit der Grünlandprämie für Raufutterfresser, mit allen Maßnahmen zur extensiven Grünlandnutzung sowie mit einer Weideprämie. - Das Thema wird uns weiter beschäftigen, und wir werden uns weiter um Lösungen bemühen. Das eine oder andere muss sicherlich noch weiterentwickelt werden. Aber jetzt wollen wir erst mal sehen, wie diese Programme beantragt werden.

Eines ist jedenfalls klar: Wir glauben nicht, dass es durch staatliches Eingreifen überhaupt möglich ist, das Angebot an die Nachfrage anzupassen. Das führt zu einem riesigen Bürokratismus und dazu, dass man das Problem europaweit nicht in den Griff bekommt, keine Mehrheiten dafür hat und auch den notwendigen Außenschutz nicht mehr herstellt. Mit diesen Maßnahmen würden Wachstumsbetriebe letzten Endes wieder behindert werden. Kollege Herz hat schon auf die Verdrängung hingewiesen und darauf, wie sich die Milchwirtschaft in anderen Regionen der Welt ausgebreitet hat. Wir wollen letzten Endes auch die Verarbeiter nicht hängen lassen, die beispielsweise in Pulvertürme investieren und sich auch auf steigende Milchmengen einstellen. - Eines sage ich Ihnen, Herr Kollege Arnold: Ein staatlicher Zwang ist in diesem Zusammenhang nicht mehr vorstellbar und passt nicht mehr in die Zeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Keinen Zwang, aber federführend einladen!)

So weit wird es auch nicht kommen. – Aus diesem Grund lehnen wir den SPD-Antrag ab. Auf die Bündelung komme ich noch zu sprechen.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist überflüssig, und er wurde im Agrarausschuss schon umfangreich behandelt. Wir haben den Runden Tisch zur Zukunft der Milchwirtschaft in Bayern; er wurde von Staatsminister Brunner initiiert. Da wird mit allen Berufsvertretern diskutiert. Wir haben auch bei unserem Fachgespräch in Augsburg deutlich gemerkt, dass fast alle der gleichen Überzeugung folgen und die Zukunftschancen

auf dem Milchmarkt gleich einschätzen. Dass es letzten Endes auch abweichende Meinungen gibt, kann man niemandem verübeln. Aber das zeigt letzten Endes auch, dass es einen Hauptweg geben muss – und der heißt sicherlich nicht "staatliche Mengensteuerung" oder "europäische Mengensteuerung". - Die Frage ist, wie wir unsere Produkte auf dem Weltmarkt besser absetzen können. Da geht es um Maßnahmen des Agrarmarketings, um unsere "alp", die sehr erfolgreich arbeitet, aber auch um die Unterstützung auf Bundesebene. Bundesminister Schmidt hat eine neue Taskforce eingerichtet,

(Florian von Brunn (SPD): Dann ist ja alles in Ordnung!)

die sich um das Veterinärwesen kümmert und Exporterfolge damit verbessern möchte.

Die Bündelung ist in Deutschland möglich. Die Möglichkeiten dazu sind bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Wir könnten deutschlandweit bis zu 5,3 Millionen Tonnen der Milch, die nicht schon in Genossenschaften gebündelt ist, bündeln, das heißt in zwei Milcherzeugergemeinschaften. Davon sind wir noch weit entfernt. Aber auch das lässt sich letzten Endes nicht staatlich erzwingen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber Sie könnten Hilfestellung geben!)

- Vielfältige Hilfestellungen werden gegeben, und selbstverständlich sind auch wir der Meinung, dass alles getan werden muss, um Dumpingpreise im Lebensmitteleinzelhandel zu verhindern.

Meine Damen und Herren, wir tun alles, um den Milchbauern in Bayern Rahmenbedingungen zu geben, unter denen sie ihren Betrieb in der Zukunft erfolgreich bewirtschaften können. Unterstützen Sie uns, liebe Kollegen von der SPD und den GRÜNEN, auf Bundesebene, im Bundesrat und bei der Bundesumweltministerin, wenn es um die Düngeverordnung und um die Anlagenverordnung geht. Da sind entsprechende Weichenstellungen noch dringend notwendig;

(Florian von Brunn (SPD): Da hilft auch der Herr Schmidt nicht mehr!)

denn die Regelungen, die da vorgelegt wurden, sind überzogen. Sie führen dazu, dass Betriebe aufhören müssen, weil das finanziell nicht machbar ist und weil die Bürokratie überzogen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Harry Scheuenstuhl (SPD))

Herr Schmidt hat einen guten Vorschlag gemacht; wenn Sie ihn unterstützen, kommt es nicht so weit. – In diesem Sinne sind Sie alle gefordert, und wir werden sehen, wie sich die SPD auf Bundesebene hier weiter positioniert. – Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie lenken doch nur von der eigenen Untätigkeit ab!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Kollegin Sengl gemeldet. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE werden allen drei Anträgen zustimmen, weil sie Versuche sind, die aktuelle Krise irgendwie in den Griff zu kriegen. Ich finde es eigentlich schon seltsam, wenn die CSU nicht das Gleiche tut.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Die Milchmarktkrise zeigt wieder einmal ganz deutlich die grundsätzlichen Probleme unserer Landwirtschaft auf. Die Richtung einer Landwirtschaft hin zu noch mehr Rationalisierung, Technisierung, zu mehr Masse und Vergrößerung führt genau in diese Krise. Besonders für Bayern hat das fatale Auswirkungen. Da müssen wir ganz grundsätzlich gegensteuern. Das heißt: Wir alle – also nicht nur die Erzeuger, die Bäuerinnen und Bauern, sondern auch die Molkereien, vor allem der Handel und wir alle als Verbraucherinnen und Verbraucher – müssen einen gemeinsamen Weg gehen. Der weltweite Exportmarkt für Milch mag für manche Betriebe der richtige Weg sein; ich werde immer mit dem Vorwurf konfrontiert: Du möchtest doch bloß, dass wir alle für

den Regionalmarkt produzieren. – Das stimmt nicht; denn mir ist auch klar: Wir sind eine Gesellschaft, die mit landwirtschaftlichen Exporten und Importen lebt. Wir sind nicht landwirtschaftlich autark, und das ist auch gar nicht unser Ziel. Aber ich bin für die Stärkung des Regionalmarktes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neben dem Weltmarkt und dem europäischen Binnenmarkt gibt es auch noch einen bayerischen Markt, und der will bedient werden. Das ist eine Riesenchance für unsere bayerische, eher klein strukturierte und vielfältige Landwirtschaft. Eine Packung Milch verkauft sich besonders gut, wenn eine schöne, grüne Wiese, eine Kuh mit Hörndln, Berge und vielleicht noch ein fescher Bauer vorn drauf sind.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oder eine fesche Bäuerin! – Weitere Zurufe)

- Für euch vielleicht eine Bäuerin. – Aber damit diese erfolgreiche Werbestrategie nicht irgendwann überhaupt nichts mehr mit der landwirtschaftlichen Realität zu tun hat, müssen wir andere Prioritäten setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir haben bei der Milch einen Selbstversorgungsgrad von 178 %, bei Käse beträgt er 335 %, nicht aber bei Biomilch und bei Biokäse. Die beiden großen bayerischen Biomolkereien suchen händeringend nach Biomilch-Lieferanten. Ich glaube, in allen Bioläden und Dorfläden findet regional erzeugter Biokäse reißenden Absatz. Die Agrarstruktur in Bayern würde sich für diese Bewirtschaftung geradezu anbieten. Der Gewinnabstand zwischen ökologischer und konventioneller Milcherzeugung ist nämlich bei einer Bestandsgröße von 30 bis 40 Milchkühen am höchsten – und wir in Bayern haben genau in dieser Bestandsgröße die meisten Betriebe. Wir brauchen die Wertschöpfung durch Mehrwert, also eine stärkere Förderung von landwirtschaftlicher und handwerklicher Qualitätsproduktion und von Produktinnovation im Molkereibe-

reich. Das bedeutet die Förderung von regionalen Spezialitäten – davon gibt es viele im Milchbereich - und die Förderung von regionalen Molkereien und Käsereien. Je vielfältiger die Verarbeitungsstruktur, desto stabiler ist der Milchpreis. Auch regionale Verarbeitungsstrukturen zu fördern und zu stärken, hilft den Bäuerinnen und Bauern.

Die Milcherzeugung im Voralpenraum wird nie mit norddeutschen Milcherzeugern konkurrieren können. Rein betriebswirtschaftlich betrachtet müssten alle bayerischen Milchbauern angesichts dieser Konkurrenz sofort mit ihrer Produktion aufhören. Bei uns im Voralpenland, wo die meiste bayerische Milch produziert wird, sind die Bauernhöfe normal groß. Im Vergleich zu norddeutschen Riesenställen, von den neuseeländischen ganz abgesehen, sind sie winzig. Aber Landwirtschaft kann man nicht nur nach betriebswirtschaftlichen Parametern bewerten; denn Landwirtschaft ist mit vielen Faktoren konfrontiert, die eben nicht berechenbar sind, weil sie mit dem Lebendigen zu tun haben – mit Tieren, Pflanzen, dem Wetter und der Natur. Das ist ja auch das Besondere und das Schöne an der Landwirtschaft.

Die Milch braucht einen fairen Preis. Verkaufen und vermitteln wir mit unserer bayerischen Milch den Mehrwert, den die arbeitsintensive und aufwendige Erzeugung von Milch in Bayern bedeutet. Übrigens glaube ich, dass das keine Arbeit ist, die Minderqualifizierte leisten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für diesen Mehrwert bekommen wir eine schöne Kulturlandschaft, regionale und frische Lebensmittel, eine vielfältige bäuerliche Kultur und eine nachhaltige Produktion, die Klima, Boden und Wasser schützt – Urlaubsland Bayern eben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Sengl. – Abschließend hat Herr Staatsminister Brunner das Wort für die Staatsregierung. Bitte sehr.

Staatsminister Helmut Brunner (Landwirtschaftsministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor 31 Jahren hat man in der EU für die Milchproduzenten eine einzelbetriebliche Mengenzuteilung – sprich: Milchquote – beschlossen. Der momentane Preisverfall ist aber vermutlich nicht mit dem Auslaufen dieser Milchquote am 31. März 2015 zu begründen. Vielmehr stellen wir fest, dass das Russland-Embargo, die weltweiten Krisen, die Übersättigung des Weltmarktes und nicht zuletzt eine höhere Produktion der EU-Milchbauern von 5 % gegenüber dem letzten Jahr dazu beigetragen haben, dass Angebot und Nachfrage etwas aus dem Gleichgewicht geraten sind. Momentan hat sich der Preis – Gott sei Dank! – stabilisiert, und Experten glauben auch – sicher kann das niemand sagen –, dass zum Ende des Jahres hin wieder ein leichter Anstieg möglich sein wird.

Bayern versucht, die Stabilität unserer bäuerlichen Betriebe mit kurzfristigen und auch mittelfristigen Maßnahmen zu sichern. Wir sind froh, dass es uns gelang, am 13. Februar eine Genehmigung unserer umfangreichen Förderprogramme von der EU zu erhalten. Ich nenne das einzelbetriebliche Investitionsförderprogramm mit 80 Millionen Euro im Jahr, das Kulturlandschaftsprogramm mit 190 Millionen Euro im Jahr, die Ausgleichszulage mit 110 Millionen Euro im Jahr und dazu ein Marktstrukturgesetz, das uns auch Förderungen im Verarbeitungsbereich ermöglicht.

Ich habe immer wieder bei der Agrarministerkonferenz innerhalb der EU-Länder Anträge gestellt, bin aber mit meinen Vorschlägen leider Gottes nicht immer auf fruchtbaren Boden gestoßen. Dabei nehme ich die Zugehörigkeit zur gleichen Partei gar nicht aus. Immer wieder hat man die Meinung vertreten, in einem liberalisierten Markt müsse man eine gewisse Volatilität in Kauf nehmen. Ich habe aber immer wieder davor gewarnt, dass wir ohne Leitplanken möglicherweise wieder extreme Situationen bekommen könnten, wie wir sie 2009 erlebt haben.

Wir hatten aber in Brüssel in einzelnen Punkten mit unseren Vorschlägen doch auch Erfolg. Zumindest wurden auf Bayerns Vorschlag hin die Interventionszeiträume ausgedehnt, und die private Lagerhaltung wurde wieder ermöglicht. Ich fordere auch seit

geraumer Zeit eine Erhöhung des Interventionspreises von derzeit 21,15 auf mindestens 25 Cent, obwohl ich fürchte, dass wir 25 Cent niemals erreichen werden.

Ich habe ständig ein Sicherheitsnetz gerade für die Milchwirtschaft angemahnt. Vor vier Jahren habe ich bereits einen Runden Tisch Milch im Ministerium eingerichtet, an dem sich verschiedene Erzeugerorganisationen, Privatmolkereien, Genossenschaftsmolkereien, der Bauernverband, der BDM und viele andere beteiligten. Gespräche mit dem Bundeskartellamt und mit Experten aus Brüssel haben unsere Möglichkeiten, aber auch die Grenzen unserer Einflussnahme aufgezeigt. Schließlich habe ich die TU München-Weihenstephan beauftragt, zu analysieren und zu untersuchen, wie die einzelnen Vorschläge und Maßnahmen umgesetzt werden können, und angemahnt, neue Ideen gerade bezüglich des Milchmarkts zu entwickeln.

Die Zusammenarbeit zwischen Erzeugern und Verbrauchern gilt es ebenso zu intensivieren wie die Zusammenarbeit zwischen Milcherzeugern und Molkereien, meine Damen und Herren. Das sind keine Kontrahenten, sondern Partner, und sie sollten gemeinsam versuchen, die Wertschöpfung zu erhöhen. Eine Bündelung des Angebotes ist aus meiner Sicht wünschenswert und zielführend. Sie ist allerdings in erster Linie eine Aufgabe der Milcherzeuger selbst. Die Bündelungsgrenze ist längst noch nicht erreicht. Darum ist hier eine Erweiterung momentan wirkungslos.

Ich habe den neuen EU-Kommissar Hogan bei seinem Bayernbesuch dringendst aufgefordert, die mögliche Superabgabe, die unsere Bauern zahlen müssen, wenn sie überliefern, bei einer drohenden Milchkrise ausschließlich für diese zu verwenden und für eine Entschärfung der Krise zu sorgen, was er mir auch zugesagt hat.

Ich glaube, Exporterstattungen sind auch in Zukunft gerade in Krisenzeiten nicht gänzlich verzichtbar. Im Übrigen hat sich die Marke Bayern auch bei den Nahrungsmitteln weltweit durchgesetzt. Gerade bei den Schwellenländern können wir neue Absatzmöglichkeiten schaffen.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der bayerische Weg muss immer wieder neu interpretiert werden. Er hat sich bewährt. Wir setzen auf Qualität, auf Premiumprodukte, auf Spezialitäten und auf höchste Veredelung und nicht auf Masse. Wir wollen ressourcenschonend wirtschaften, Tiere artgerecht halten und eine bodengebundene Landwirtschaft. Wir wollen aber auch den Dialog mit den Verbrauchern intensivieren, weil wir nur unter Zustimmung und Akzeptanz der Bevölkerung eine in Zukunft erfolgreiche, konkurrenzfähige und existenzfähige bayerische Landwirtschaft erhalten werden. In diesem Sinne wünsche ich weiterhin eine konstruktive Diskussion, wenn es um die Werterhaltung und Existenzsicherung unserer bäuerlichen Landwirtschaft geht. Ich bedanke mich bei allen Rednern, weil ich den Eindruck habe, dass alle mit großem Engagement und mit Sachkompetenz nach den besten Lösungen suchen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Es besteht Einverständnis zwischen den Fraktionen, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zugrunde gelegt wird. Ist es so? – Kein Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im federführenden Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gibt es einzelne Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge der SPD-Fraktion und der FREIEN WÄHLER sind abgelehnt. Dem Antrag der CSU-Fraktion ist zugestimmt worden.

Die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 sind damit abgearbeitet.